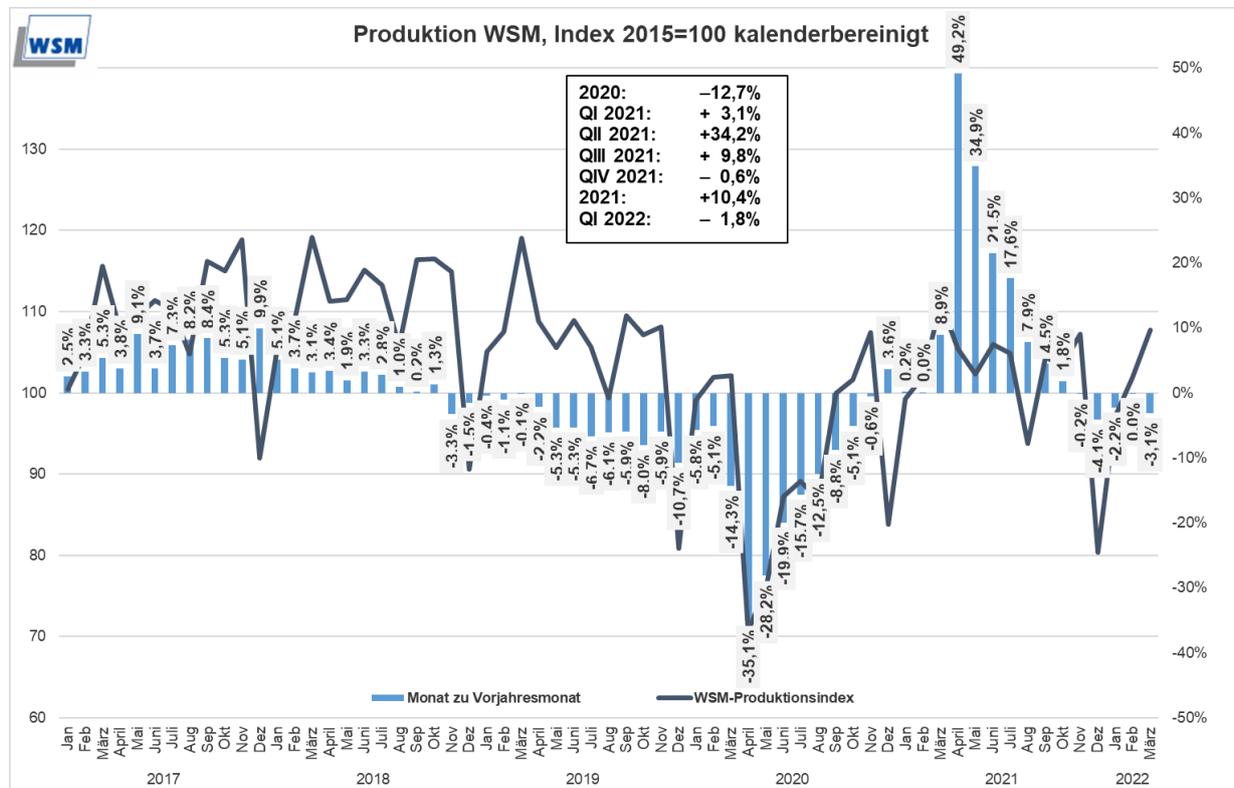




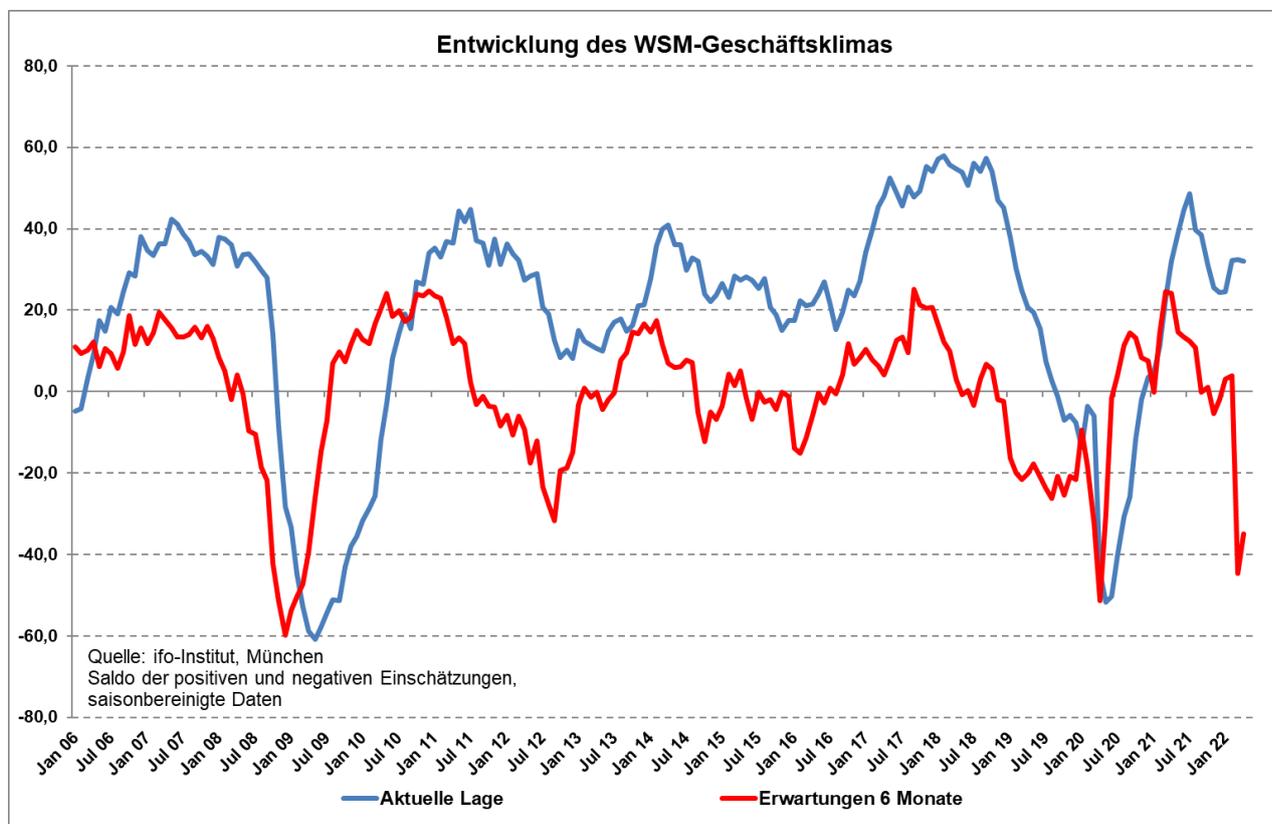
Produktion im ersten Quartal 1,8% unter Vorjahresniveau

Die Produktion der Stahl und Metall verarbeitenden Betriebe in Deutschland ist im ersten Quartal des Jahres 1,8 Prozent hinter dem Vorjahresniveau zurückgeblieben. Gegenüber dem Vorquartal konnte die Produktion jedoch um 5,4 % gesteigert werden, sodass die Rezession – in den Quartalen drei und vier des Vorjahres gab es jeweils einen Rückgang gegenüber dem Vorquartal – überwunden ist. Dafür spricht auch die Steigerung im Kriegsmonat März um 5,6 % gegenüber Februar, die bestätigt, dass der Beginn des Ukraine-Konfliktes allenfalls geringe direkte Auswirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung der Branche hatte. Mit der seither eingesetzten Sanktionsspirale steigen die Risiken messbarer Einflüsse jedoch an, insbesondere hätte eine Lieferunterbrechung von Erdgas aus Russland massive Auswirkungen auf die Betriebe sowie die vor- und nachgelagerten Lieferketten.



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen und Darstellung

Nach dem Schock durch die russische Invasion in der Ukraine hat sich das Geschäftsklima der Stahl und Metall verarbeitenden Unternehmen in Deutschland im April wieder moderat beruhigt. Während die Eskalation weiterhin keine nennenswerten Auswirkungen auf die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage zeigt, schätzen die Unternehmer die weitere Entwicklung in den nächsten 6 Monaten um 9,8 Saldenpunkte weniger skeptisch ein. Gleichwohl bleibt der Pessimismus deutlich vorherrschend. Dabei dürften auch die Prognoseanpassungen der wichtigen Kundenindustrien Automobil- und Maschinenbau eine Rolle spielen. Es wird inzwischen erwartet, dass die Liefereinschränkungen bei Halbleitern über das laufende Jahr hinaus anhalten werden. Hinzu kommen weitere Materialengpässe bei Nickel, Palladium und Neongas sowie logistische Herausforderungen. Dadurch wird das Wachstum in den Zulieferbranchen des WSM beeinträchtigt, sodass die Produktionsprognose für 2022 von 7 % auf 5 % reduziert werden muss.



Die konjunkturelle Entwicklung tritt jedoch hinter die betriebswirtschaftlichen Herausforderungen zurück. Der Ukraine-Krieg hat zu weiteren Eskalationen der Preise insbesondere für Energie geführt, die von den betroffenen Unternehmen nicht mehr zu stemmen sind. Die Bundesregierung hat daher ein Maßnahmenpaket aufgelegt, um zumindest die extremsten Preisspitzen an den Spotmärkten abzufedern. Die Programme wirken allerdings aufgrund der hohen Hürden, die über das von der EU-Kommission vorgegebene Maß hinausgehen, nicht in der Breite. Sollte ein Gasembargo beschlossen werden, dürften die Preise nochmals deutlich ansteigen und selbst bei verbleibender Restverfügbarkeit von Erdgas die Industrieproduktion lahmlegen, zumal die Bundesregierung plant, den Gasversorgern gesetzlich ein Preisweitergabe-Recht entlang der Lieferkette einzuräumen.